

Ein Manifest der U. S. P. an das deutsche Proletariat

Die Leitung des rechten Flügels der U. S. P. D. (Erispion, Ledebour, Oittmann usw.) erläutert in der Parteipresse ein Manifest an das deutsche Proletariat, in dem es heißt:

Die Entscheidung ist gefallen! Ein Teil der Delegierten zu dem vom Zentralkomitee der U. S. P. D. einberufenen Parteitag hat seinen Austritt aus der Partei vorgenommen und ist in die kommunistische Lager übergegangen. Die U. S. P. D. hat stets unerschütterlich und unter großen Opfern den Kampf für die Grundsätze des revolutionären Internationalen Sozialismus geführt. Die Politik der U. S. P. D. wurde bereitst durch die Rechtssozialisten, die an der Koalition mit dem Bürgertum festhielten.

Auf der anderen Seite haben die Kommunisten die gemeinsamen Aktionen des revolutionären Proletariats durchkreuzt und gewünscht. Die U. S. P. D. hat demgegenüber stets ihre Politik der Sammlung aller Energien der Arbeitersklasse entgegengestellt. In dem Kampfe wurde die U. S. P. D. zur revolutionären Massenpartei. Die Hoffnung war begründet, unter ihrer Fahne das gesamte Proletariat zu einigen und es bereit zu machen für den Entscheidungskampf gegen den Kapitalismus. In diesem Augenblick wurde die Partei überall aufgerufen. Die russischen Kommunisten fordern zu ihrer Unterstützung die sofortige Entfachung des Bürgerkrieges und der Revolution in allen Ländern. Die deutschen Kommunisten sind infolge ihrer Politik eine einschlafende Sekte geblieben, zu schwach, um als revolutionäre Sturmtruppe gebraucht zu werden. Deshalb sollten die Moskauer der U. S. P. unter die kommunistische Diktatur kommen. Damit aber diese Diktatur widerstandslos ausgeübt werden kann, mußte die U. S. P. D. gespalten werden. Daher die Bedingungen und Thesen der Moskauer Internationale, die die Spaltung der Arbeiterparteien fordern, um über den verbliebenen Rest uningeschränkt herzuschaffen zu können. Die U. S. P. D. hätte mit der Annahme der 21 Bedingungen nicht nur ihr Werk geopfert, sondern auch die Zukunft des revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland. Die deutsche Arbeiterbewegung wäre das Objekt einer Hasspolitik geworden, auf die sie keinen selbstständigen Einstieg mehr gehabt hätte.

Das durfte nicht geschehen und das wird nicht geschehen! Die U. S. P. D. bleibt bestehen als die deutsche revolutionäre sozialistische Partei! Wir halten fest an unserm Aktionsprogramm. Wir streben mit allen Mitteln die Eröberung der politischen Macht und ihre Verhandlung durch die Diktatur des Proletariats. Wir lehnen es aber ab, die Arbeiterschaft mit täglich wechselnden Parolen in neue Pustche hineinzuhieben und durch Täuschung über die wirklichen Machtschwächen unerlässliche Illusionen zu wecken. Das Proletariat wird in Deutschland einen schweren Kampf gegen einen gut organisierten, starken Gegner haben. In diesem Kampf kann die deutsche Arbeitersklasse nur den Sieg in einem zehn Ringen erobern, wenn sie selbst einigt ist. Eing kann das Proletariat nur werden im revolutionären Kampf um Ziele, die aus seiner Hoffnung, aus seinem Klassendasein sich mit Notwendigkeit ergeben. Deshalb muß das Proletariat in den Kampf um konkrete Ziele, die ihm reale Machtverteilung bringen, gestürzt werden. Im Vordergrund dieser Kämpfe muß aber immer die Entwicklung des Sozialismus stehen. Deshalb fordern wir in der gegenwärtigen Situation die proletarische Massenaktion zur sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung in den entscheidenden Wirtschaftszweigen, insbesondere den Kampf um die sofortige Sozialisierung im Bergbau. Wir fordern angeholt der schweren ökonomischen Krise die Arbeiterschaften auf zum Kampf um die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte zur Erringung der Produktionskontrolle.

Die wichtigste Aufgabe ist gegenwärtig der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Wir fordern das Verbot der Stilllegung der Betriebe, ihre Fortführung zur Herstellung von Bedarfsgütern und des Massenkonsums. Wir fordern entsprechende Arbeitsmöglichkeit für die Arbeitersklasse und durchgreifende Erhöhung der Unterstützung bis zur Garantie des Existenzminimums, das unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte festgestellt ist. Unsere Vertreter in den Gemeinden müssen eine energische Kommandostaffelpolitik betreiben, insbesondere eine sozialistische Wohnungspolitik, unterstützt durch eine Sozialisierung des Baugewerbes und der Bauherrschaften und der Kosten. Wir fordern außerdem soziale Fürsorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, Arbeitslosen und Alterskinder. Die gesamte politische und ökonomische Macht der Arbeitersklasse muß in diesen Kämpfen zur Anwendung gelangen. Deshalb müssen auch die ökonomischen Organisationen der Hand- und Kapitalarbeiter mit revolutionärem Geist eingesetzt werden. Deshalb verpflichtet die Partei ihre Vertreter in den Gewerkschaften und Betriebsräten, unablässig die Politik der Arbeiterschaften zu bekämpfen. Sie lehnt alle paritätischen Selbstverwaltungshäupter ab und erklärt in einer von diesen getragenen Planwirtschaft auf kapitalistischer Grundlage eine schändliche Illusion, die die Arbeitersklasse von dem Kampf um den Sozialismus ablenkt. Ge-

werkshaft und Betriebsräte müssen sich vor allem als Organisationen zur Entwicklung des Sozialismus betrachten. Deshalb unterstützen wir die Umwandlung der Gewerkschaften in Industriorganisaionen und lehnen jede Versplitterung und Spaltung der Gewerkschaften auf nationaler oder internationaler Basis mit aller Entschiedenheit ab. Gegenüber ihrer bisherigen Haltung rast die U. S. P. D. alle Arbeiter auf, sich im Kampfe um sie zu scharen. Die Entwicklung seit dem 9. November hat den Bankrott des Rechtssozialismus belegt. Seine Politik hat der Bourgeoisie zur Herrschaft gedient, das Proletariat gewonnen. Die kommunistische Partei aber hat ebenfalls die Politik des wissenschaftlichen Sozialismus aufgegriffen und versucht immer mehr dem Abenteuerlust, durch putschistische Aktionen von Minderheiten die Revolution erzwingen zu wollen. Diese Politik führt nur zur neuen Verspaltung und zu gefährlichen Niederlagen. Die U. S. P. D. rast die Arbeitersklasse auf gegen den Opportunismus rechts und den Putschismus links zur Führung einer energetischen Politik, die den Kampf um konkrete Ziele der Arbeitersklasse steigert bis zur Entscheidung um den Besitz der politischen Macht. Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Sinowjew und Losowsky beantragen Aufenthaltsverlängerung

Die Spaltung der Reichstagsfraktion der U. S. P.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 18. Oktober

Die beiden Sowjetvertreter Sinowjew und Losowsky haben sich mit der Ausweisung nicht ohne weiteres abfinden, sondern merkwürdigweise ihren politischen Gegner Dr. Rosenfeld beauftragt, bei den deutschen Behörden, wenn auch nicht die Aushebung der Ausweisung, jedoch wenigstens eine Aufenthaltsverlängerung zu beanspruchen. Dr. Rosenfeld, der in Halle gegen den Anschluß an die dritte Internationale stimmte, bat die Vertretung der Sowjetdelegierten übernehmen und bereits mit dem Berliner Polizeipräsidenten Richter und mit dem Minister des Innern Severing verhandelt. Eine definitive Entscheidung darüber, ob Sinowjew und Losowsky eine Aufenthaltsverlängerung erhalten werden, könnten die Minister natürlich nicht fällen, vielmehr wird das Reichskabinett sich in seiner heutigen Sitzung erst über diese Frage schlüssig werden. Losowsky, der nach Italien fahren wollte, hat inzwischen aus Rom die offizielle Nachricht erhalten, daß die italienische Regierung ihm die Einreiseerlaubnis verwigerte. Insofern hat er an die Reichsregierung die Bitte gerichtet, zusammen mit dem erkrankten Sinowjew mit dem nächsten Riga fahrenden Dampfer am 23. d. M. Deutschland verlassen zu dürfen. Ob die Regierung den beiden Russen die Aufenthaltsverlängerung gewähren wird, ist allerdings fraglich, um so mehr, als der russische Dampfer, mit dem die russische Gewerkschaftsdelegation nach Deutschland gekommen ist, noch immer im Hamburger Hafen liegt. Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat sich ebenfalls mit der Ausweisung der Sowjetvertreter beschäftigt und beschlossen, in der nächsten Parlamentssitzung einen Antrag einzubringen, in dem die Aufhebung der Ausweisung Sinowjew und Losowsky gefordert und in dem weiter verlangt wird, daß des Gesetzes betrifft der freilichen Ausweisung lästiger Ausländer aufgehoben wird.

In der gestrigen Fraktionssitzung der Unabhängigen wurde offiziell festgestellt, daß nach der Spaltung in der Partei 22 unabhängige Reichstagsabordnete ausgeschieden sind, so daß die U. S. P. D. nur noch 59 Mandate im Parlament besitzt. Die ausgeschiedenen bisherigen unabhängigen Parlamentsvertreter haben sich unter der Bezeichnung Fraktion Eichhorn zusammengetan und werden am Dienstag zum ersten Male eine Fraktionssitzung abhalten. Wie wir weiter hören, steht die unabhängige Fraktion auf dem Standpunkt, daß durch das Ausscheiden ihrer bisherigen Fraktionsgenossen die Mandate als erloschen zu betrachten sind. Endgültige Beschlüsse hierüber werden jedoch erst nach Verhandlungen mit der Mandatstrügungskommission gefaßt werden.

Russische Ruhe für die deutschen Arbeiter

(Eigener Drahtbericht)

Roskdam, 18. Oktober

"Morning Post" meldet aus Helsingfors: Nach einem Bericht der "Pravda" hat der russische Gewerkschaftssekretär Losowsky 30 Millionen Rubel nach Deutschland mitgenommen zur wirtschaftlichen Unterstützung der deutschen Arbeiter.

Der Hinauswurf aus der U. S. P. beginnt

Halle a. S., 18. Oktober

Die politischen Redakteure des "Haller Volksblatts" Paul Henning, Karl Dick und Gottlieb Göppert sind wegen ihres Beitrags zum roten Flügel der U. S. P. heute aus ihrer Stellung entlassen worden. Die politische Schriftleitung des "Volksblatts" hat Dr. Viktor Stern übernommen. Weitere wurden noch der Parteisekretär Reinhard, früher Polizeidirektor in Halle, und noch drei andere Funktion-

Aus der Musikbücherei

Vor mehreren Jahrzehnten bereits wies Fr. von Hausegger auf die Tatsache hin, daß die musikalische Geschichtsschreibung in höchst einfacher Weise die produktive Seite in der Entwicklung des Tonlebens behandelt, von der rezeptiven hingegen völlig schweigt. Der Jenaer Kaufmann machte in seiner allgemeinen Musikgeschichte Anfänge zu kulturgeographischer Betrachtung, kam aber über die ersten Anfänge nicht hinaus. Die Musik im engsten Zusammenhang mit dem Volk, seiner geschichtlichen Entwicklung und seiner sozialen Fortbildung darzustellen, ist eine der dankbarsten Aufgaben. Hans Joachim Moser unterzog sich ihr. In seiner "Geschichte des deutsichen Musik (Verlag der J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart und Berlin)" er mit schönem Erfolg bemüht, unsere Musik in allen ihren Ausprägungen aus dem Wesen des deutschen Volks um heraus zu entwickeln". Mit diesen Worten kennzeichnet der Verfasser sein Ziel, das er im Buch erreicht. Zunächst liegt der erste, den Zeitraum von den Anfängen bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges umfassende Band des Werkes vor. Um es gleich zu sagen — ich kenne keine der innerhalb der letzten Jahrzehnte erschienenen Musikgeschichten, die sich durch so lebenswarme Darstellung charakterisiert wie so anschaulich geschrieben und deren Stil auch den literarischen Ästhetiken in so hohem Maße anzeigt wie eben diejenige Mosers. Indem wird ja das Interesse des Lesers ohnehin geweckt und ohne Unterlaß gesteigert durch die kulturgeographische Betrachtungsweise, durch die präzise und zugleich umfassende wie tiefschlagende Schilderung der betreffenden Zeitumstände und der Seele. Der gewaltige Stoff ist in sieben Bänden verteilt, deren erstes gleich gewiß vielen Lesern neue Horizonte darbietet. Denn es handelt von Ursprung, Aufführung und Eigenart der deutschen Tonkunst, teilt Zeugnisse ihres vorgeschichtlichen Werdeganges mit und bietet eine lebendige Auseinandersetzung von der heidnisch-germanischen Musikübung und ihrer Träger. Mit dem völkischen Wesen verknüpft erweist sich die Musik z. B. bereits in der Vorstellung des thönenden Liedes, in indogermanischen Sprachzügen, in der Mythologie wie in Volkstümern und nationalem Heldenepos. Das folgende Buch führt den Leser in das deutsche Kloster in der Merowingen- und Karolingerzeit und deutet die Beziehung des gregorianischen Gesanges zur Entwicklung der Musik in Deutschland. Schildert Anfänge und Wachstum der Sequenz in der Periode der lachischen und salischen Kaiser und legt den Entwicklungsgang des geistlichen Volksliedes und der liturgischen Liedgesänge vor dem Reformationszeitalter dar. Außerordentlich anziehend geschrieben sind die beiden Bücher, deren Inhalt die Tonkunst auf Burgen und Schlössern und die Musik im deutschen Dorf ausmacht. Drei werden Lebensumstände und Kunstabung der jahrenden Musiker während der mittelalterlichen Blütezeit, ferner jene der Minnesänger wie auch des ritterlichen Standes der Trompeter und Posauner geschildert; hier die Verbindung des musikalischen Treibens mit östlichen Sitten und Pflichten wie auch die Entstehung des Volksliedes und seine spätere künstlerische Weitverbreitung dargelegt. Das fünfte Buch setzt die Tonkunst in der Stadt des mittelalterlichen Deutschlands,

das städtische Musikleben und Wirken der Musikanzünfte, die Meistersingerschulen (Hans Sachs) und den Beginn der Meistersingerschule, der mit dem Namen eines Oswald von Wolkenstein, Conrad Paumann, Hb. Bink, Hb. Isaak u. a. verbunden ist. In die neuere Zeit mit ihren religiösen Wirken und Kämpfen führt das vorletzte Buch. Die Reformierten erwiesen der Musik feindlich gesinnt, der Protestant Luther hingegen, selbst großer Musikherr und Liedschatz, richtete die evangelische Liturgie ein, bearbeitete mit Walther das Gemeindegefangen und belebte den protestantischen Choral. Kantoreien werden gebrandet und auf der anderen Seite gewinnen die Humanisten wesentlichen Einfluß auf die Musiker durch Unterricht, durch Lehrbücher, Schuldrämmen u. a. Die Hausmusik mit ihren Bearbeitungen meisterlicher Gesangsäste für Groß- und Kleingeigen oder für Tasteninstrumente zeigt im 16. Jahrhundert ein. Das siebente Buch behandelt die Musik an den Höfen deutscher Fürsten in den Jahren von 1517 bis 1618, also bis zum Ausbruch des großen Krieges. Viel Wertvolles und Anziehendes weist der Verfasser hier beizubringen über das Leben in den Hofkapellen, jerner über die sich ausbreitende niederländische Fremdherrschaft wie über die Meister der deutschen Renaissance, unter ihnen Egard, Stebbeck, Hasler, Handl, Schein, Calvinus u. a. Die Musik war an einem Wendepunkt angelangt. Konzert, Sonate,arie, Lied, Kantate, Oratorium und Oper entwickelten sich unter dem Einfluß der akkordisch vom Generalbass begleiteten Monodie, während die eigentlichen Renaissanceformen allmählich entarten oder sich umwenden. So macht auch der Autor holt, wo die Teilung seines Gesamtwerkes von Natur geboten erschien. Man darf hoffen und wünschen, daß der zweite Band dieser seiner trefflichen deutschen Musikgeschichte nicht gar zu lange auf sich warten lasse. Denn sie verdient noch Plan und Durchführung nebst Wilhelm Scherer's Geschichte der deutschen Literatur genannt zu werden.

Eine wertvolle Gabe ist das neue Brahmsbuch von Walter Niemann (Verlag bei Schuster & Loeffler in Berlin und Leipzig). Die Darstellung trennt äußerlich das Leben und das Werk. Jeder kommende Brahms-Biograph wird zunächst sich hinsichtlich des Materials an Niemanns Werk halten müssen. Niemann hat also, nicht jedoch fortfallig, um gar ja Nebenschuldes auszuschließen. In seiner feinen Weise legt der Verfasser u. a. dar, in wie hohem Maße in Brahms' Persönlichkeit sozusagen die Landsmannschaft auf die Schaffenseigenschaft im bedeutsamsten Weise einwirkt, nämlich das niedersächsische Element, das auch des Meisters längere Aufenthalte in Wien nicht entkräften konnte, geschwölge dann etwa unterdrücken konnte. Ich liebe immer Parallelen zwischen Musik, Literatur und bildender Kunst, und finde deshalb Niemanns Anerkennung über gewisse geistige und künstlerische wohlbewohnte Beziehungen Brahms zu Hebbel und Storm vorzertrefflich. Aus der Zeit der Brahmsgegnerschaft kommt das Schlagwort von der Brahmschen Herbeheit. Niemann geht ihm zu Leibe und tut wohl daran. Wäre sie in jenem abweisenden Sinne

ihres Amts entbunden. Eine gewaltsame Besetzung der Redaktion des "Volksblatts" und des Parteisekretariats hat entgegen anderslautenden Meldeungen nicht stattgefunden. Die anderweitige Besetzung der Redaktions- und Sekretariatsstellen spielt sich in aller Ruhe ab und geschieht auf den am Sonntag getroffenen Beschluss der Preiskommission und der Funktionsordnung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hin.

Der Kampf um die „Freiheit“

Berlin, 18. Oktober.

Vorläufig ist die „Freiheit“ noch das Organ der Moskau-Gegner. Um dieses bisher von Hoberding geleitete Organ ist ein bürgerlicher Kampf zu erwarten, dessen Ausgang nur durch eine Abstimmung der Genossen im Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg endgültig entschieden werden kann. Der geschäftsführende Ausschuß dieses Verbundes erläuterte heute einen Aufruf, dessen Schluß lautet: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird vertreten durch ihre beiden Vorstehenden Erispion und Ledebour. Allerdings scheint man auch am andern Ende der Kommunisten geblieben zu sein. Der Vorwitz will in Erfahrung gebracht haben, daß die Berliner Rechtsunabhängigkeiten in der Nacht auf heute einen großen Teil ihrer Mitglieder in dauernder Alarmbereitschaft gehalten haben, um die „Freiheit“ vor Überfällen zu schützen. Im Bureau des Zentralkomites versuchten schon in der Nacht zum Sonntag junge Leute, einen Einbruch zu verüben. Sie erklärten, im Auftrage von Dünig, Stöcker und Wolf Hoffmann zu handeln.

Der Arbeitsplan des Reichstags

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 18. Oktober.

Am Montag morgen waren die Parteiführer mit Ausnahme der Führer der unabhängigen Sozialdemokratie zu einer Besprechung für den Arbeitsplan des Reichstags beim Reichskanzler. Dabei stellte sich eine gewisse Schwierigkeit für die Ausstellung des Arbeitsplanes dadurch heraus, daß wegen des Dazwischenstehens des Deutschen Nationalen Parteitages vom Sonntag nächster Woche ab die große politische Aussprache in Anknüpfung an das Regierungssprogramm, das man gern in dieser Woche noch gehabt hätte, nicht sofort begonnen werden kann. Infolgedessen wird wohl erst Mitte nächster Woche der Reichskanzler das Programm vortragen. Der Mittwoch dieser Woche wird vornehmlich Plenumstreu bleiben, um den traditionellen Gelegenheit zu Begegnungen zu geben. Der Reichsbauherr hofft man ohne lange Debatten in erster Sitzung kurzerhand an den Haushaltsschluss überweisen zu können. Bevor alle diese Pläne soll der Arbeitsplan des Reichstages morgen Dienstag mäßig endgültig besiegelt fassen.

Auflösung der früheren englischen Gesandtschaft in Dresden?

(Drahtbericht unserer Dresdenner Schriftleitung)

Dresden, 18. Oktober.

Wie die "Dresdener Neuesten Nachrichten" melden, ist in dem Hotel "Europäischer Hof" in Dresden ein Hauptmann Cook abgestiegen mit dem Auftrag des Auswärtigen Amtes in London, die frühere englische Gesandtschaft in Dresden aufzulösen. Eine Bestätigung dieser Meldung konnten wir nicht erlangen.

Die Umwandlung der Dresdner Rabattenanstalt

(Drahtbericht unserer Dresdenner Schriftleitung)

Dresden, 18. Oktober.

Der Volkskammer ist eine Regierungsbekanntmachung über die Übernahme der vormaligen Rabattenanstalt zu Dresden in die sächsische Unterichtsverwaltung eingegangen. Die Einzelheiten über die Umwandlung der sächsischen Rabattenanstalt in eine moderne Studienanstalt haben wir bereits mehrfach gemeldet. Somit bleibt lediglich noch übrig zu berichten, daß die Summe der Einnahmen für diese Anstalt 684 776, die Ausgaben 1 374 880 K betragen. Mirin ergibt sich ein Jährl. bei Kapitel 94 Abt. A 1 des ordentlichen Haushaltplanes von 690 104 K. Hinzujeßt mög noch werden, daß die Einnahmen in Zukunft bedeutend kleiner ausfallen werden, da in diesem Jahre eine wesentliche Einnahme aus dem Erlös für den Verkauf von Gebäußen, die bis nicht für die Unterrichtsanstalt eignen, erzielt werden. Ist damit jetzt knapp verstanden, werden die Bunde werden die die Entscheidung der Volkskammer bestätigt, den Friedensvertrag von Sevres auszuführen.

Türkischer Ministerwechsel

Doris, 18. Oktober.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel steht die Demission des Großwesirs unmittelbar bevor. Lewlik-Pascha wird die Bildung des neuen Ministeriums unter der Bedingung übernehmen, daß er selbst seine Mitarbeiter auswählen kann. Unter ihnen wird Sezai Bei als Minister für Auswärtiges genannt. Das Ministerium wird als Übergangsministerium bezeichnet, dessen Zweck darin besteht, den Friedensvertrag von Sevres auszuführen.

Auf einige kleinere Schriften sei noch hingewiesen, die der von Rich. Strauss begründeten, dann von Artur u. Seidl weiterführten herangezogenen Sammlung "Die Musik" im Verlag C. F. W. Siegel, R. Linnemann in Leipzig entstammen. In zweiter Auflage erschien Oscar Wie's "Schrift: Die moderne Musik und Richard Strauss", sein und geistreich geschrieben, anziehend auch da, wo vielleicht die Anhänger des Verfassers von jenen des Autors abweichen. Es ist eine Geschichte im Auszug der Musik etwa der letzten vierzig Jahre. Zwei andere Bändchen sind neu. Max Steinheimer gibt Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des Melodramas und Minnespiels, Kunststötungen, die ebensoviel Gegner wie Fürsprecher gefunden haben. Nicht persönlich interessiert vornehmlich das geschichtliche Moment und das Verfassers-Darstellung ist ganz danach angezogen, gleich dem kritischen Teil, in die Materie einzuführen. Auch zahlreiche kleinere literarhistorische Arbeiten gibt es die Fälle. Außerdem gesellt sich auch die "Schrift: Das Marionett-Theater in der Tonkunst" von Eugen Schmid. Wenn ich bin immer der festen Überzeugung, daß dem Verfasser, insbesondere dem gebildeten ersten Künstler, aus der künstlerischen Beziehung eines Vorwurfs ungemein viel zu thun erwache. Eine solche gibt stets eine Menge von Anklagung- und Vergleichspunkten und dem Leser Veranlassung, dem und jenen auf einem oder dem andern Gebiete jerner noch selbständig nachzuspüren. Der Verfasser nennt bestenslich seine wert